

Die neuen Stadthausbauten in Zürich

Autor(en): **A.J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Bauzeitung**

Band (Jahr): **57/58 (1911)**

Heft 19

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-82687>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die neuen Stadthausbauten in Zürich.

Die stimmberechtigten Einwohner Zürichs haben am letzten Sonntag mit grossem Mehr, d. h. mit 19800 gegen 2900 Stimmen ihr Einverständnis dazu erklärt, dass das von der Stadt erworbene Oetenbach-, Schipfe- und Werdmühle-Areal für die Anlage der städtischen Zentralverwaltung bestimmt bleibe, und damit zugleich Stellung genommen für das grosse Projekt, das mit der Zeit Auslagen von 20 bis 30 Millionen umfassen soll, wie es die lebhafteste Diskussion der letzten Tage jedem Bürger klar zum Bewusstsein gebracht hat.

Auch damit, dass die Bearbeitung des ganzen Projektes in den Händen von Professor Gull verbleiben solle, haben sich Aller Meinungen, die zum Ausdruck kamen, einverstanden erklärt, sowohl die Stimmen aus dem Volke, das die bisher von Gull in Zürich ausgeführten Bauten vor Augen hat, als auch die Fachgenossen, die sich zwar ihr Recht bei der Frage des *Wie* als Mitbürger mitzusprechen nicht wollen verkürzen las-

ins Gewicht, dass sie von den massgebenden Stellen sicher nicht übersehen werden dürften.

Aber abgesehen von solcher Rechnung hat die Diskussion, zu der die Erklärung der 16 Architekten (Seite 230 und 231 dieses Bandes) den Anstoss gegeben hat, sowohl den Vertretern der Behörden als auch Prof. Gull selbst Gelegenheit geboten, Erklärungen abzugeben, nach denen nicht zu zweifeln ist, dass die erhobenen sachlichen Einwände geprüft werden und im Interesse des Baues, und in erster Linie des Erbauers selbst, nicht ohne Einfluss auf die Bauausführung auch der z. Z. genehmigten Bauteile bleiben werden. Der restliche Teil, d. h. der grosse Bau des eigentlichen Stadthauses samt Anbauten am Limmatufer und Lindenhof soll ja nach weitem Zusagen ebenfalls umgearbeitet und, wie zu erwarten ist, seiner Zeit zur sachlichen öffentlichen Diskussion gestellt werden.

Wenn dies rechtzeitig und in dem gleichen Geiste geschieht, von dem die Behörden schon öfters in erfreulicher Weise Proben gegeben haben, sollte die Wiederholung ähnlicher unerfreulicher Erscheinungen, wie sie in den letzten Wochen zu Tage traten, vermieden werden.

Wir können es bei diesem Anlass nicht unterlassen, auch unsererseits das lebhafteste Bedauern auszusprechen darüber, dass Aussetzungen, die rein sachlich gemacht wurden, auf das persönliche Gebiet hinüber gespielt wurden, dass statt auf sachliche Einwendungen auch sachlich zu antworten, da man ja über jedes Ding in guten Treuen verschiedener Meinung sein kann, diese gute Treue in Zweifel gezogen und nach geheimen Triebfedern bei den Opponenten gesucht wurde. Ueber diese Unsitte, die im politischen Treiben leider oft geübt wird, sollten Fachleute erhaben sein und Fachliches *mit Gründen* beurteilen und verteidigen können, ohne dass man ihnen andere Absichten unterschiebe. Es ist soviel in der Sache gedruckt und gesprochen worden, dass wir es den Lesern überlassen können, nach eigenem Urteil hier die Schuldigen zu bezeichnen. Die in allerletzter Stunde auch hier wieder geübten Verunglimpfungen der Gegner mögen dabei als bedauerliche Auswüchse der Wahl- und Abstimmungssitten und als anständiger

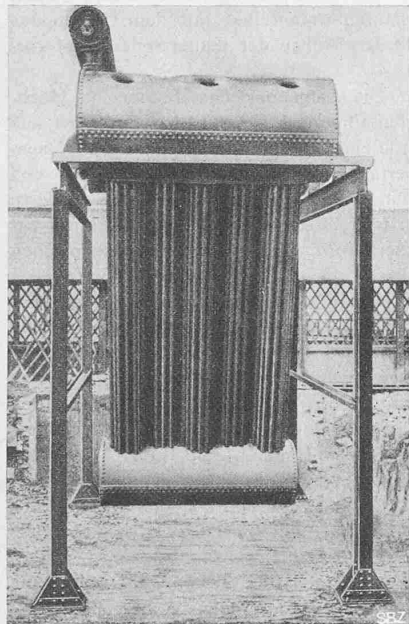


Abbildung 21.

sen, dabei aber das Vertrauen zu Prof. Gull bestätigten, dass er durchaus der Mann sei, um auf den nach gemeinsamem Ratschlag festgestellten Grundlagen die Arbeit durchzuführen. Das war der Grundton, der aus dem grossen Meinungsstreit hervorklang und der durch die bei unsern Volksabstimmungen scheinbar unvermeidlichen, begleitenden Misstöne nicht verdeckt werden konnte.

Dieses Recht der Mitarbeit bei Festlegung der Grundlagen für öffentliche Bauten von dem Umfange der hier in Frage kommenden, das in einem gesunden Gemeinwesen selbstverständlich sein sollte, wurde bestritten. Scheinbar ist der Gedanke auch in der Abstimmung über die Kredite, die zur Ausführung der zunächst zu erstellenden Teile der Bauten verlangt wurden, unterlegen. Mit rund 15000 gegen 8000 Stimmen wurden diese ersten 8 Mill. Fr. auf Grund der vorliegenden Pläne bewilligt.

Betrachtet man aber diese Zahlen etwas näher, so ergibt sich folgendes Bild. In der Stadt wurden gelegentlich der am gleichen Tage stattfindenden Wahlen in den Nationalrat rund 11000 Stimmen der sozialdemokratischen Partei abgegeben. Beachtet man nun, welche strenge, mustergültige Disziplin diese Partei einhält und wie entschieden die im Stadtrate sitzenden Mitglieder derselben, der frühere und der gegenwärtige Vorstand des Bauwesens I, in öffentlichen Versammlungen für die Sache den Genossen gegenüber eintraten, die ja gewohnt sind, das Parteinteresse jeder andern Ueberlegung vorangehen zu lassen, so ist die Annahme erlaubt, diese 11000 Stimmen seien in der vorerwähnten Mehrheit von 15000 Stimmen enthalten. Es verblieben somit davon noch 4000 Stimmen von Bürgern anderer Parteien, die es für ihre Pflicht gehalten haben, den städtischen Behörden bezw. ihren eigenen Parteileitern Gefolgschaft zu leisten. Diesen, wohl vorwiegend aus Parteirücksichten abgegebenen Voten gegenüber fallen die andern, unabhängigen 8000 bürgerlichen Stimmen so schwer

Neuerungen im Dampfkessel- und Feuerungsbau.

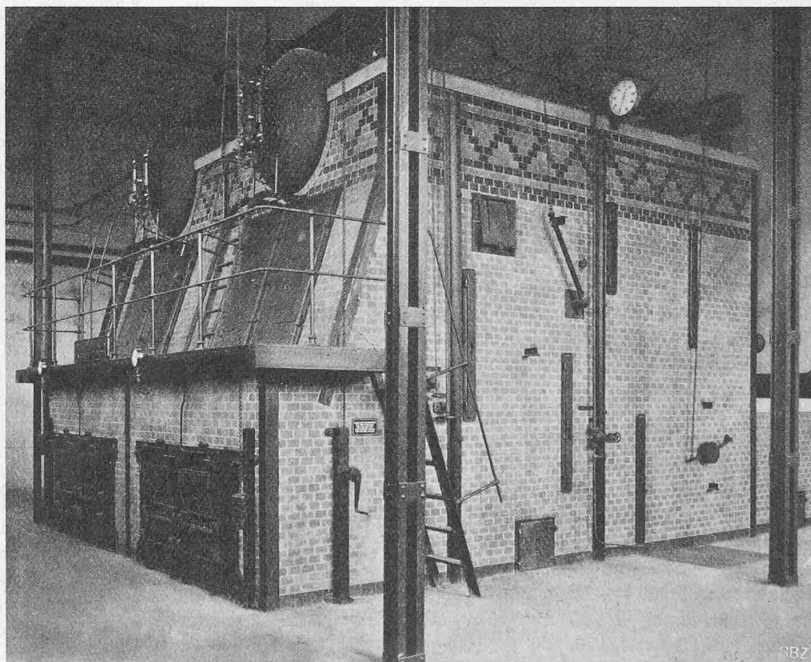


Abb. 10. Wasserrohrkessel-Anlage des Elektr.-Werkes der Stadt Winterthur.

Gegnerschaft unwürdig nicht einmal in Betracht gezogen werden.

Der Vollständigkeit halber sind noch die am 25. und 26. Oktober veröffentlichten Erklärungen der Kommission des Grossen Stadtrates und des Bauvorstandes I zu erwähnen, deren durch die Abstimmung jetzt überholter Inhalt durch die Tagespresse bekannt geworden ist, sowie eine Erklärung des Vorstandes des „Bundes Schweizerischer Architekten“, der sich auf die Seite der Opponenten stellte.

Die fast ausschliesslich aus Laien zusammengesetzte Kommission des Grossen Stadtrates weist auf ein Gutachten des städtischen Baukollegiums hin, das 1904 (d. h. vor sieben Jahren) abgegeben wurde. Dass dieses Kollegium sich neuerdings mit dem nunmehr auf 8 Millionen Fr. bezifferten Teil der Bauten, der von der Kommission und auf ihren Antrag vom Grossen Stadtrat einstimmig zur Genehmigung empfohlen wurde, wieder beschäftigt habe, wird nichts gesagt. Im Uebrigen sei diese Kundgebung dem Studium des Lesers empfohlen und ihm überlassen, sich hinsichtlich der Gründlichkeit zu beruhigen, mit der die Kommission von ihrer Arbeit und den Motiven zu ihren Entschliessungen berichtet.

Aus der Erklärung des Bauvorstandes I, die für den Zürcher Leser gleichfalls sehr beachtenswert ist, sei hervorgehoben, dass nach dieser der Stadtrat grundsätzlich Bauprojekte nicht früher an die Öffentlichkeit gelangen lässt, als bis sie *definitiv beschlossen* sind (!) (d. h. bis man sagen kann: „jetzt ist es zu spät“), „zumal die Stadt im Baukollegium die amtliche Instanz zur Begutachtung grosser baulicher Projekte besitzt.“ Weiter heisst es dann: „Aus dem Protokoll des Baukollegiums vom 29. Mai 1905 ergibt sich, dass ihm das noch nicht ganz vollendete Modell vorgewiesen worden ist und einen „grossartigen Eindruck“ gemacht hat.“ — „Es wurde beschlossen, die Besprechung des Modells erst nach vollständiger Fertigstellung vorzunehmen. Eine solche Besprechung hat später nicht mehr stattgefunden. Es scheint kein Bedürfnis danach vorhanden gewesen zu sein.“ — Das Baukollegium setzt sich unter Vorsitz des Bauvorstandes I zusammen aus den ersten Beamten der städtischen Betriebe und technischen Abteilungen und einigen unbeteiligten Technikern; es wird nach Ermessen des Bauvorstandes I einberufen; seine Verhandlungen sind geheim und für den Stadtrat in keiner Weise bindend.

In sehr nützlicher Weise und mit praktischem Sinn wurden in letzter Zeit von den Behörden z. B. Gesetzesentwürfe aus dem Gebiete des Bauwesens den Fachvereinen zur — für die Behörden selbstverständlich unverbindlichen — Meinungsäusserung zugestellt und der „Zürcher Ingenieur- und Architekten-Verein“ hat sich stets bereitwillig solchen oft langwierigen und wenig erfreulichen Arbeiten unterzogen. Wäre es nicht ebenso klug, auch grosse bauliche Aufgaben auf ähnliche Weise von unvoreingenommenen und fachmännischen Kreisen beleuchten zu lassen, umso mehr, wenn die „amtliche Instanz“ des Baukollegiums damit nicht behelligt werden soll auch wenn es sich um die Kleinigkeit von 8 bzw. 20 Mill. Fr. oder mehr handelt? Und ist es zu wundern, wenn technische Kreise der Stadt dann ungefragt ihre Meinung abgeben und ihr Recht beanspruchen, in *ihren Dingen* mitzusprechen? Ein anderer Weg dürfte sich allerdings erfreulicher und vor allem für die bauliche Entwicklung der Stadt förderlicher und billiger erweisen. A. J.

Miscellanea.

Eidgenössische Technische Hochschule. Der Bundesrat hat am 25. Oktober die Kreditvorlage zu den *Neubauten* für die Eidgenössische Technische Hochschule festgestellt im Gesamtbetrag von 11 489 600 Fr. Er legt den eidgenössischen Räten folgenden Beschlussesantrag vor:

„Art. 1. Für die Erweiterung der Technischen Hochschule in Zürich werden folgende Kredite bewilligt:

a) Für Um- und Neubauten, Mobiliarbeschaffung und innere Einrichtung in den Gebäuden. 1. Naturwissenschaftliches Institut an der Sonnegg-Clausiusstrasse: Baukosten 2 855 000 Fr., Umgebungsarbeiten 320 000 Fr., Mobiliar- und innere Einrichtung 578 000 Fr., zusammen 3 753 000 Fr. 2. Land- und forstwirtschaftliches Gebäude: Baukosten 1 409 000 Fr., Umgebungsarbeiten 80 000 Fr., Mobiliar- und innere Einrichtung 216 000 Fr., zusammen 1 705 000 Fr. 3. Hauptgebäude: Baukosten 4 700 000 Fr., Umgebungsarbeiten 290 000 Fr., Mobiliar und innere Einrichtung 564 000 Fr., zusammen 5 554 000 Fr. Total 11 012 000 Fr.

b) Für zwei vom Kanton Zürich zu erwerbende Parzellen des sogen. Spitalscheunereals an der Schmelzbergstrasse, Kaufsumme inklusive Stipulationskosten und Fertigungsgebühren 217 600 Fr.

c) Ablösung der Bau-, Einrichtungs- und Unterhaltungspflicht für die archäologische Sammlung 260 000 Fr. Gesamttotal 11 489 600 Fr.“

Was die Fertigstellung der Bauten¹⁾ angeht, so glaubt die

¹⁾ Wir verweisen auf unsere Darstellung der prämierten Wettbewerbsentwürfe insbesondere des der Ausführung zu Grunde gelegten Entwurfes „Auditorium Maximum“ von Professor G. Gull in Band LV, Seite 45 der „Schweiz. Bauzeitung“.

Botschaft, der Bau des Naturwissenschaftlichen Instituts könne bis zum Herbst 1913 bezugsbereit sein, wenn im Frühjahr 1912 die Maurerarbeiten beginnen können. Um letzteres zu ermöglichen, wurden die Erdarbeiten (der vom Bundesrat vorschussweise bewilligte Kredit beträgt 250 000 Fr.) bereits vergeben. Die Vollendung des erweiterten Hauptbaues ist für das Jahr 1916 in Aussicht genommen. Mit der Erweiterung des Baues für die Land- und Forstwirtschaftliche Schule soll zunächst auf der Ostseite begonnen werden, worauf nach Bezug der bzgl. Anbauten unmittelbar mit dem Umbau des bestehenden Gebäudes und dem Anbau der neuen Seitenflügel vorgegangen werden kann.

Doktorpromotionen. Die Eidgenössische Technische Hochschule hat dem diplomierten Chemiker Herrn *Adolf Zimmerli* aus Aargau (Aargau), die Würde eines Doktors der technischen Wissenschaften verliehen (Dissertation: Stereoisomere Hydrazone und Carbazone von Campherchinon), desgleichen dem Apotheker Herrn *Karl Fehlmann* aus Aarau (Aargau), die Würde eines Doktors der Naturwissenschaften (Dissertation: Beiträge zur mikroskopischen Untersuchung des Honigs).

Eisenbahn Münster-Grenchen. Der Bau des Tunnels wird nun doch, wie bei den eigentümlichen Offertverhandlungen (auf die wir auf Seite 107 dieses Bandes hinwiesen) vorauszusehen war, durch die *Lötschberg-Unternehmung* ausgeführt, die aus den Pariser Technikern Allard, Chagnaud, Couvreur, Dollfus, Prudhomme und Wiriot besteht. Die einzige Aenderung in personeller Beziehung dürfte darin bestehen, dass für den Bau der Linie Münster-Grenchen noch als spezifisch schweizerischer Gesellschafter Ingenieur *F. Rothpletz* in die französische Unternehmergruppe aufgenommen werden wird. Die Finanzierung und die Kapitalbeschaffung ist ebenfalls wieder dem Bankhaus *Loste & C^o* in Paris übertragen. Die Bau- summe soll 18 Millionen Fr. betragen; die Gesamtkosten der Linie mit Finanzierung usw. werden auf 22 Millionen Fr. berechnet.

Neues Kantonsschulgebäude Frauenfeld. Am letzten Oktober ist die Thurgauische Kantonsschule in den von den Architekten *Brenner & Stutz* erstellten Neubau übersiedelt, der sich auf freier Höhe über dem Hauptort des Kantons erhebt. Bei der Feier waren ausser vielen ehemaligen Lehrern und Schülern auch zahlreiche Gäste aus den Nachbarkantonen anwesend; unter ihnen auch Professor Dr. Vetter, der Rektor unserer Eidgenössischen Technischen Hochschule, zu der die Thurgauische Kantonsschule von jeher besonders nahe Beziehungen unterhalten hat.

Schweizerische Bundesbahnen. Als Ersatz für das zurücktretende Mitglied der Generaldirektion P. Weissenbach soll nach Zeitungsnachrichten Regierungsrat Dr. *Robert Haab* aus Zürich in Aussicht genommen sein. Die Berufung dieser jugendfrischen Kraft in die Leitung unserer Staatsbahnen erschiene allgemein als eine wertvolle Ergänzung unserer obersten Eisenbahnbehörde, wenn man Dr. Haab auch nur sehr ungern aus dem Zürcher Regierungsrate, in dem er die Baudirektion inne hat, würde scheiden sehen.

Nekrologie.

† **A. v. Arx.** Unerwartet rasch ist infolge eines Schlaganfalles am 22. Oktober d. J. zu Olten Arnold von Arx, sen., Baumeister, 62 Jahre alt, gestorben. Er wurde am 22. Juli 1849 in Olten geboren. Nach Erwerbung der Gymnasial-Maturität an der Kantonsschule Solothurn trat er, um eine praktische Lehrzeit durchzumachen, in das Architektur- und Baugeschäft De la Harpe & Bertolini in Lausanne und verblieb in demselben bis ihn 1875 der Tod seines Vaters, Nationalrat Benedikt von Arx, veranlasste, das von diesem gegründete Steinhauergeschäft mit Brüchen in Egerkingen und Oberbuchsitzen zu übernehmen. Als die Gemeinde Olten nach Einführung des kantonalen Baugesetzes eine selbständige Bauverwalterstelle schuf, wurde A. von Arx 1876 an diese berufen; er verwaltete sie bis 1885. Im Jahre 1886 erweiterte er sein Steinhauergeschäft durch Errichtung eines Baugeschäftes in Olten, das er bis 1902 betrieb. Auch nach Rücktritt von der Bauverwalterstelle war er mit grosser Hingebung, Sachkenntnis und Erfolg in Gemeindegängen tätig als Mitglied des Einwohnereingemeinderates und der Baukommission, der er bis 1908 angehörte. Im geselligen Leben Olten hat er ebenfalls eine hervorragende Stellung eingenommen. Seine Vaterstadt betrauert in ihm einen pflichtgetreuen, stets dienstbereiten und überall gern gesehenen Mitbürger.